

Basel stoppt Schule für Priester

Das Bistum Basel will seine Priester nicht mehr im eigenen Seminar in Luzern ausbilden. Sie sollen lieber in Deutschland studieren.

Matthias Herren

Während fast 150 Jahren haben sich im Priesterseminar St. Beat in Luzern angehende katholische Pfarrer des Bistums Basel auf ihren Dienst vorbereitet. Nun ist damit Schluss. Das Bistum empfiehlt seinen künftigen Priestern, an anderen Schweizer Standorten oder aber in Freiburg im Breisgau zu studieren.

Grund für die Aufgabe des eigenen Seminars ist das schwache Interesse. Vor den Sommerferien verliess der letzte Priesteramtskandidat des Basler Bistums das St. Beat in Luzern. Momentan studieren alle zwölf Basler Anwärter in Freiburg im Üchtland, Rom und Freiburg im Breisgau. «Damit sich die angehenden Priester menschlich, geistlich, wissenschaftlich und pastoral auseinandersetzen und reifen können, braucht es eine Gemeinschaft von mindestens zwölf Seminaristen», sagt Hansruedi Huber, Sprecher des Bistums Basel.

Markus Ries, Professor für Kirchengeschichte an der Universität Luzern, kritisiert diese Haltung. An der theologischen Fakultät in Luzern würden Laien und angehende Geistliche in Tuchfühlung zueinander studieren. Im Ausland hingegen würden sie sich nicht fundiert mit der katholischen Kirche in der Schweiz auseinandersetzen. «Alltagstaugliche Erfahrungen und Kompetenzen lassen sich dort nicht erwerben.» Laut Ries sollte man, statt aufs Ausland zu setzen, in der Schweiz stärker kooperieren.

Dies funktioniert zwar bei den welschen Schweizer Bistümern mit dem gemeinsamen Priesterseminar in Givisiez, nicht aber in der Deutschschweiz. «Verhandlungen für eine Zusammenarbeit haben zu keiner befriedigenden Lösung geführt», sagt Huber. Die Kulturen seien teilweise zu unterschiedlich, so dass die Bistümer nicht bereit sind, ihre eigene Priesterausbildung aufzugeben. Im Priesterseminar St. Luzi in Chur studieren derzeit fünf Priesteramtskandidaten.

Schweizer arbeiten bereits heute über das Rentenalter hinaus

Erwerbstätigkeit endet im Durchschnitt erst mit 65,5 Jahren

13 Prozent aller Schweizer über 65 Jahre sind nach wie vor erwerbstätig. Dies befeuert nun die Debatte über eine AHV-Reform mit höherem Rentenalter.

Daniel Friedli

Gibt es die volle Rente auch künftig ab 65 oder allenfalls erst mit 66 oder 67? Diese Debatte steht im Zentrum der Reform der Altersvorsorge, erst recht, seit die zuständige Nationalratskommission am Freitag den Weg für ein höheres gesetzliches Rentenalter geebnet hat. Noch kaum thematisiert wurde dabei die Frage, wann die Menschen effektiv mit dem Arbeiten aufhören. Dabei steigt dieses effektive Rentenalter bereits seit einigen Jahren stetig an.

Dies belegt auch eine neue Statistik von dieser Woche: Demnach waren im zweiten Quartal 2016 12,8 Prozent aller über 65-Jährigen noch erwerbstätig – so hoch war diese Quote seit 25 Jahren nie mehr. Dieser Wert ist ein weiterer Indikator für einen

Trend, der, von der Öffentlichkeit noch kaum wahrgenommen, 2015 einen neuen Höhepunkt erreicht hat: Das vom Bundesamt für Statistik (Bfs) ausgewiesene mittlere Erwerbsaustrittsalter stieg zuletzt auf 65,5 Jahre und lag damit um 0,8 Jahre höher als noch 2005. Die Männer bleiben demnach im Schnitt bis 66 Jahre erwerbstätig, ein Jahr über das ordentliche Rentenalter hinaus. Und die Frauen sind bis 64,8 Jahre aktiv.

Tabu ist gebrochen

Mit diesem Trend argumentieren auch die Befürworter einer AHV-Reform mit allfälliger Anpassung des Rücktrittsalters. «Ein höheres Rentenalter ist bei weitem nicht der Schrecken, als der es politisch immer dargestellt wird», sagt Martin Kaiser, Leiter Sozialpolitik beim Arbeitgeberverband. Die Menschen würden nicht nur älter, sondern auch fitter, weshalb sich viele eine Verlängerung der Erwerbstätigkeit wünschten. Zudem drohe in den kommenden Jahren ein Fachkräftemangel,

was ältere Arbeitnehmer auch für die Firmen immer unabdingbarer mache. «Falls man also nach 2030 tatsächlich gezwungen sein sollte, das Rentenalter zu erhöhen, wird das nur noch abbilden, was in der Praxis schon geschieht», sagt Kaiser.

Anders sieht dies Paul Rechsteiner, SP-Ständerat und oberster Gewerkschafter. «Das gesetzliche Rentenalter ist eine entscheidende Grösse, sie muss stabil bleiben», sagt er. Denn lange nicht alle könnten oder wollten über 65 Jahre hinaus arbeiten, zumal für ältere Arbeitnehmer die Situation auf dem Arbeitsmarkt immer schwieriger werde. Als Beleg dafür führt Rechsteiner an,

65,5

Bis zu diesem Alter bleiben die Schweizerinnen und Schweizer heute im Durchschnitt erwerbstätig.

dass sich bei Verhandlungen über Gesamtarbeitsverträge oder Pensionskassenreglemente immer zeige, dass die Möglichkeit zur Frühpensionierung ein wichtiges Anliegen der Belegschaft sei.

Umstrittene Zahlen

Rechsteiners Einwände sind auch insofern verständlich, als die Statistik des Bfs nicht unumstritten ist. So gilt etwa bereits eine Stunde Arbeit pro Woche als Erwerbstätigkeit. Zudem werden Personen bis zum Alter von 75 Jahren erfasst, womit wenige Langzeitarbeiter das Resultat verzerren können. Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat darum, angelehnt an die EU, eine andere Statistik errechnet. Demnach liegt das effektive Rentenalter bei 64,1 Jahren für die Männer und 62,6 Jahren für die Frauen. Diese Zahlen sind indes bereits 5 Jahre alt und dürften heute ebenfalls höher sein. Und sie ändern nichts an dem, was auch BSV-Chef Jürg Brechbühl beobachtet: Die Menschen arbeiten tendenziell wieder länger, wenn auch nicht in allen Sektoren in gleichem Masse. Vor allem Selbständigerwerbende und Bauern arbeiten schon heute über 65 hinaus. Im Industriesektor ist der Anteil geringer, und bei den Banken, Versicherungen sowie in der öffentlichen Verwaltung ist die Quote der Frühpensionierungen traditionell hoch.

Trotzdem sind FDP und SVP der Meinung, das Volk sei schon heute für die Notwendigkeit einer späteren Erhöhung des Rentenalters zu gewinnen. SP, Grüne und CVP meinen derweil warnend, damit werde die ganze Reform spätestens an der Urne scheitern. Auch bei den Kantonen wirft die geplante Stabilisierungsregel mit automatischer Erhöhung des AHV-Alters Fragen auf, auch wenn dazu noch keine konsolidierte Position besteht. «Ich sähe es lieber, das Parlament würde in der jetzigen Vorlage auf eine solche Regel verzichten», sagt Peter Gomm, der Präsident der Sozialdirektorenkonferenz. Denn dieses Element drohe eine Reform zu gefährden, die im Interesse der Altersvorsorge unbedingt gelingen müsse.



Noch keine Lust zum Aufhören: Zwei ältere Fabrikarbeiter in ihrer Montagehalle.

SBB belohnen fleissige Lokomotivführer

Die Lokführer, die den SBB bei der Überbrückung des Personalengpasses geholfen haben, erhalten eine Prämie.

Andreas Schmid

Ein Unterbestand an Lokomotivführern hat die SBB in den letzten zwei Jahren umgetrieben. Die Personalsituation hat dazu geführt, dass die Angestellten im Führerstand verschiedentlich Sonderschichten fahren und sich bei ihrer Arbeit flexibel zeigen mussten. Deshalb honoriert das Unternehmen jetzt den Einsatz der Lokführer. Es richtet eine Prämie in Form von Freitagen oder Bargeld aus, wie SBB-Sprecherin Franziska Frey sagt.

Welche von den rund 2500 Lokomotivführern belohnt werden, entscheiden deren direkte Vorgesetzte. Deshalb lasse sich derzeit auch noch nicht abschätzen, wie viele Angestellte eine Prämie erhielten, sagt Frey.

Die Belohnung richte sich nach der erbrachten zusätzlichen Leistung. Insbesondere werde auch

die Flexibilität beurteilt. «Ein Lokführer kann höchstens zwei freie Tage oder den Gegenwert in Bargeld beziehen.» Frey hält fest, die Angestellten könnten wählen, was sie bevorzugten.

Keine Angaben macht die Sprecherin zur Höhe des Betrags, den die SBB für die Prämien bereitstellen. Es dürfte wohl um einige hunderttausend Franken gehen. Die Angestellten, die sich das Guthaben auszahlen lassen wollen, erhalten das Geld im Oktober, die Freitage können ab Februar 2017 beansprucht werden.

Mit der Geste wollten sich die SBB für den Sondereinsatz bedanken, den zahlreiche Lokführer in den vergangenen zwei Jahren mit knappem Personalbestand geleistet hätten, sagt Frey. «Dies erachten wir nicht als selbstverständlich.» Im Gesamtarbeitsvertrag seien solche Prämien ausdrücklich vorgesehen.

In den Genuss davon kamen die Lokomotivführer etwa im Rahmen der Landesausstellung «Expo 02». Damals boten die SBB für die aus der ganzen Schweiz



Eine SBB-Lokführerin unterwegs auf der Heitersberg-Strecke (AG).

Anreisenden unzählige Sonderzüge an, was ihren Angestellten beträchtliche Mehrarbeit abverlangte. Im Gegenzug entschädigte die Bahn die Mitarbeiter mit einer Geldprämie.

Die zuletzt angespannte Personalsituation in den Führerständen beginnt sich nun zu bessern.

Die SBB starteten eine Ausbildungsoffensive, als das Problem akut wurde. Dies leitete die Rekrutierung von insgesamt 500 angehenden Lokomotivführern im Zeitraum von 2015 bis im kommenden Jahr ein.

Neben verstärkten Anstrengungen in der Ausbildung hatten

Classe politique



Gregor Rutz

Christa Markwalder

Gregor Rutz, Hausmann, verliert den Überblick. Der Chef des Zürcher Hauseigentümerverbandes verschickte dieser Tage auf breiter Front ein Werbeschreiben mit der Bitte, als stolzer Eigenheimbesitzer solle man doch seinem Verband beitreten. Allerdings sandte er das Schreiben auch an viele Mieter in Genossenschaften, die mehr Hausbesetzer denn Hausbesitzer sind. Entweder hat sich SVP-Mann Rutz über den Sommer die kommunistische Lehre vom Kollektiveigentum zu eigen gemacht – oder er hat einfach einen etwas eigenen Humor.

Christa Markwalder, Touristin, kommt umher. Die FDP-Frau wurde diese Woche kritisiert, weil sie als Nationalratspräsidentin 17 Länder bereist, weit mehr als ihre Vorgänger. Markwalder liess den Vorwurf aber nicht auf sich sitzen: Schon nächste Woche werde man fast 10 000 Franken sparen, weil die Bürositzung nur einen Tag daure. Die Logik dünkt uns bestechend: Am besten würde man gar keine Sitzungen mehr abhalten und mit dem Eingesparten nur noch ferne Länder besuchen.

Lehren aus Brandattacke von Salez

Die Lokführer-Gewerkschaft hat nach dem Angriff in einem Regionalzug bei Salez Notfallkonzepte erarbeitet.

Andreas Schmid

Der Verband Schweizer Lokomotivführer (VSLF) hat auf den Angriff in einem Zug bei Salez mit Verhaltensempfehlungen für Notfälle reagiert. Im St. Galler Rheintal hatte ein 27-jähriger Schweizer am vorletzten Samstag eine Frau mit brennbarer Flüssigkeit überschüttet. Eine 34-Jährige und der Täter starben an den Folgen der Attacke, fünf Personen wurden zum Teil schwer verletzt.

Im Nachgang zum tragischen Ereignis publizierte der VSLF letzte Woche auf seiner Website Diagramme, die den Lokführern Vorgaben für das Verhalten in Notfällen geben. In Salez habe sich gezeigt, wie wichtig es sei, dass der Lokführer richtig entscheide, wenn es in einem Zug brenne und die Notbremse betätigt worden sei, schreibt der VSLF. Da weder das Bundesamt für Verkehr noch die Bahnen die Vorschriften in Verhaltensregeln ummünzten, tue dies nun der VSLF.

Präsident Hubert Giger sagt, weil sich Reglemente zum Teil sogar widersprächen, müsse das Personal im Notfall eigenständig handeln. «Dazu sollen die Diagramme anleiten, indem sie mögliche Szenarien und Abläufe zeigen.» So könne es etwa trotz betätigter Notbremse sinnvoll sein, nicht anzuhalten und in einen Bahnhof zu fahren, wenn wie in Salez Passagiere bedroht seien.